

Satzung für die Bürgerstiftung Bonn – Eine Initiative der Sparkasse in Bonn –

§ 1

Name, Rechtsform, Sitz der Stiftung

- (1) Die Stiftung führt den Namen „Bürgerstiftung Bonn – Eine Initiative der Sparkasse in Bonn“.
- (2) Die Bürgerstiftung Bonn ist eine rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts und hat ihren Sitz in Bonn.

§ 2

Gemeinnütziger Zweck

- (1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).
- (2) Gemeinnützige Zwecke der Stiftung sind die Förderung von
 - a) Jugend- und Altenhilfe,
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Wissenschaft und Forschung,
 - d) Kunst und Kultur,
 - e) Umwelt- und Naturschutz,
 - f) Landschafts- und Denkmalschutz,
 - g) Sport,
 - h) öffentlichem Gesundheitswesen und
 - i) Völkerverständigung sowie
 - j) die Förderung von ehrenamtlichem Engagement in den Bereichen a) – i)im Bereich der Bundesstadt Bonn.
- (3) Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch
 - a) die Unterstützung von Einrichtungen nach Maßgabe des § 58 Nr. 2 AO, die die vorgenannten Aufgaben fördern und verfolgen,
 - b) die Beschaffung von Mitteln für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke anderer Körperschaften oder für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Maßgabe des § 58 Nr. 1 AO,
 - c) die Förderung der Kooperation zwischen Organisationen und Einrichtungen, die ebenfalls diese Zwecke verfolgen,

- d) die Förderung des Meinungsaustausches und der Meinungsbildung bzw. öffentlicher Veranstaltungen, um den Stiftungszweck und –gedanken in der Bevölkerung zu verankern,
- e) die Vergabe von Stipendien, Beihilfen oder ähnlichen Zuwendungen zur Förderung der Aus- und Fortbildung, insbesondere von Jugendlichen auf den Gebieten des Stiftungszwecks,
- f) die Schaffung und Unterstützung lokaler Einrichtungen und Projekte.

Die Zwecke können sowohl durch operative als auch durch fördernde Projektarbeit verwirklicht werden. Zur Verwirklichung des Satzungszweckes darf sich die Stiftung Hilfspersonen im Sinne des § 57 Abs. 1 Satz 2 AO bedienen.

- (4) Die aufgeführten Zwecke müssen nicht im gleichen Maße verwirklicht werden.
- (5) Die Förderung der genannten Aufgaben schließt die Verbreitung der Ergebnisse durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit ein.
- (6) Den durch die Stiftung Begünstigten stehen aufgrund dieser Satzung Rechtsansprüche auf Leistung der Stiftung nicht zu.
- (7) Die Stiftung ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (8) Die Mittel der Stiftung dürfen ausschließlich für die satzungsmäßigen Zwecke der Stiftung verwendet werden. Der Sparkasse KölnBonn sowie weiteren Zustiftern und deren Rechtsnachfolgern, der Bundesstadt Bonn und ihnen nahe stehenden Personen dürfen keine Finanz- oder Sachmittel zugewiesen werden.
- (9) Die Stiftung kann Treuhänderschaften für gemeinnützige, treuhänderische, unselbständige Stiftungen von Privatpersonen und von Körperschaften sowie von Personengesellschaften jeweils inklusive der separaten Verwaltung des Stiftungsvermögens übernehmen unter der Voraussetzung, dass gemäß deren Stiftungssatzung Zwecke gemäß Absatz 2 gefördert werden und das Stiftungsvermögen mindestens € 100.000,00 beträgt.

§ 3

Stiftungsvermögen, Zustiftungen, Spenden

- (1) Das Anfangsvermögen der Stiftung in Höhe von € 250.000,00 wurde von der Sparkasse KölnBonn im Jahre 2001 zur Verfügung gestellt.
- (2) Das Stiftungsvermögen kann durch Zustiftungen Dritter oder der Sparkasse KölnBonn unbegrenzt erhöht werden. Zustiftungen im Sinne dieser Satzung sind solche, die die Zustifterin bzw. der Zustifter ausdrücklich hierfür bestimmt haben und einen Betrag von € 500,00 nicht unterschreiten. Für Erbschaften und Vermächnisse gilt dies auch ohne spezielle Bestimmung. Die Stiftung darf auch Zustiftungen in Form von Stiftungsfonds - einschließlich Sammelfonds - annehmen (s. Absatz 3).
- (3) Bei Zustiftungen ab einem Wert von € 100.000,00 kann die Zustifterin bzw. der Zustifter einen konkreten Verwendungszweck (Projekt, Maßnahme o.ä.) für die Verwendung der Erträge aus dieser Zustiftung benennen. Das Projekt hat dem Satzungszweck gemäß § 2 Absatz 2 dieser Satzung zu entsprechen. Der Vorstand der Stiftung kann im Einzelfall durch Beschluss zulassen, dass auch bei Zustiftungen mit einem geringeren Wert der Wunsch der Zustifterin bzw. des Zustifters hinsichtlich

des konkreten Verwendungszwecks (Projekt, Maßnahme o.ä.) für die Verwendung der Erträge aus dieser Zustiftung maßgeblich ist. Diese besonderen Zustiftungen sind von der Stiftung unter Angabe des auferlegten Verwendungszwecks als Stiftungsfonds gesondert auszuweisen und können mit dem Namen der Stifterin bzw. des Stifters verbunden werden, sofern sie bzw. er dies wünscht.

- (4) Die Stiftung ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Zustiftungen im Sinne der Absätze 2 und 3 anzunehmen.
- (5) Das Stiftungsvermögen ist vorbehaltlich der Regelung des Absatz 8 in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten sowie sicher und ertragbringend anzulegen. Vermögensumschichtungen durch den Vorstand, insbesondere bei Zustiftungen in Form von Sachwerten, sind zulässig.
- (6) Die Stiftung kann zur Förderung der in § 2 genannten Aufgaben Spenden einwerben und entgegennehmen. Die Verwendung dieser Spenden bestimmt der Spender im Rahmen des § 2. Ist die Verwendung vom Spender nicht oder nicht näher definiert, so ist der Vorstand der Stiftung berechtigt, die betreffende Spende nach eigenem Ermessen im Sinne von § 2 zu verwenden oder aus ihnen in nach § 4 Absatz 2 zulässiger Höhe Rücklagen zu bilden.
- (7) Die Stiftung darf auch gemeinnützige, rechtsfähige selbständige sowie unselbständige Stiftungen allein und insbesondere mit dritten Personen (Privatpersonen, Körperschaften und Personengesellschaften) errichten, wenn sie dadurch den Stiftungszweck fördert - etwa indem sie die dritten Personen zum entsprechenden Stiften anstiftet.
- (8) Kann die Stiftung ihre Aufgaben mit den Mitteln nach § 4 Absatz 1 nicht in vollem Umfang erfüllen, ist mit Zustimmung der Stiftungsaufsichtsbehörde eine Inanspruchnahme des aktuellen Stiftungsvermögens von maximal 10 v.H. zulässig, wenn anders der Stiftungszweck nicht zu verwirklichen ist. Das Stiftungsvermögen ist aus Erträgen oder Zuwendungen auf seinen vorherigen Wert aufzufüllen.
- (9) Die Stiftung darf keine juristischen oder natürlichen Personen durch Ausgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 4

Stiftungsmittel

- (1) Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben aus den Erträgen des Stiftungsvermögens und den Zuwendungen Dritter (Spenden). Zuwendungen sollen nur in Barwerten erfolgen. Zuwendungen in Sachwerten bedürfen der Zustimmung des Stiftungsvorstandes. Die Erträge der Stiftung und Zuwendungen Dritter oder der Sparkasse KölnBonn sind unmittelbar zur Erfüllung des Stiftungszweckes zu verwenden, Zuwendungen jedoch nur, soweit die bzw. der Zuwendende sie nicht als Zustiftung zum Stiftungsvermögen bestimmt hat.
- (2) Die Mittel der Stiftung im Sinne von Absatz 1 können im Rahmen des steuerlich Zulässigen ganz oder teilweise einer zweckgebundenen Rücklage gemäß § 58 Nr. 6 AO zugeführt werden, soweit dies erforderlich ist, um den satzungsgemäßen Stiftungszweck nachhaltig erfüllen zu können. Daneben können freie Rücklagen nach § 58 Nr. 7 a) AO gebildet werden.

§ 5

Rechnungsjahr, Jahresabschluss

- (1) Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Rechnungsjahr endet am 31.12. des Jahres, in dem die Stiftung rechtswirksam wird.
- (2) Der Stiftungsvorstand hat nach Beendigung des Rechnungsjahres den Jahresabschluss nach den Grundsätzen des 3. Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen, ihn von der weisungsungebundenen Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes prüfen zu lassen und dem Stiftungsrat mit einem Tätigkeitsbericht vorzulegen. Danach ist der Jahresabschluss mit dem Tätigkeitsbericht unverzüglich der Aufsichtsbehörde einzureichen.

§ 6

Organe

- (1) Organe der Stiftung sind:
 - a) die Stifternversammlung
 - b) der Stiftungsrat
 - c) der Stiftungsvorstand
- (2) Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Stiftungsvorstand und im Stiftungsrat ist nicht zulässig.
- (3) Die Tätigkeit der Mitglieder der Organe ist ehrenamtlich. Ihnen dürfen keine Vermögensvorteile zugewendet werden.

§ 7

Stifternversammlung

- (1) Mitglieder der Stifternversammlung sind neben einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Gründungstifterin Sparkasse KölnBonn alle Zustifter. Hierunter fallen nicht diejenigen Zustiftungen, die als unselbständige Stiftungen von der Stiftung treuhänderisch verwaltet werden.
- (2) Aufgaben der Stifternversammlung sind
 - a) die Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates gemäß § 8 dieser Satzung und
 - b) die Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes des Stiftungsvorstandes vom Stiftungsrat.
- (3) Zur Teilnahme berechnigte natürliche Personen können, juristische Personen müssen eine natürliche Person als Vertreter bestellen. Sofern die Zustiftung als letztwillige Verfügung erfolgt ist, kann der letztwillig Verfügende ein Mitglied für die Stifternversammlung bestimmen. Die Mitgliedschaft in der Versammlung endet in jedem Fall mit dem Tode der betreffenden natürlichen Person. Nachfolger werden nicht bestellt.
- (4) Die Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates gemäß Absatz 2 Buchstabe a) findet in einem Turnus von fünf Jahren statt. Bei der Wahl des Stiftungsrates hat jedes Mitglied so viele Stimmen wie Ratsmitglieder zu wählen sind. Pro Kandidatin bzw. Kandidat darf nur eine Stimme abgegeben werden. Es sind diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen können.

- (5) Das vorsitzende Mitglied des Stiftungsrates beruft die Stifterversammlung ein und leitet sie. Eine Stifterversammlung ist mindestens einmal jährlich mit einer Frist von vier Wochen schriftlich einzuberufen. Sie ist ferner dann einzuberufen, wenn 10% der Teilnahmeberechtigten, mindestens aber 10 Personen, dies gegenüber dem Stiftungsrat schriftlich beantragen. Eine entsprechende Tagesordnung wird den Mitgliedern der Stifterversammlung rechtzeitig übermittelt.
- (6) Die Stifterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Beschlüsse werden außer im Fall des Abs. 4 mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.
- (7) Über die Versammlung ist Protokoll zu führen. Die Versammlungsleitung bestimmt die protokollführende Person. Beide unterschreiben es. Jedes Mitglied erhält eine Abschrift.
- (8) Der Stiftungsrat kann ein Mitglied der Stifterversammlung aus wichtigem Grund, insbesondere bei fortgesetzter Unerreichbarkeit oder grobem Verstoß gegen Sinn und Zweck der Satzung, abberufen.

§ 8

Stiftungsrat

- (1) Der Stiftungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und mindestens vier, höchstens acht weiteren Mitgliedern. Geborenes Mitglied ist eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gründungstifterin Sparkasse KölnBonn. Darüber hinaus sollen die weiteren Mitglieder persönlich und fachlich in der Lage sein, sich für die Belange der Stiftung einzusetzen. Sie sollen das Gremium bereichernde und die Entwicklung der Stiftung fördernde Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sein. Die Amtszeit der Stiftungsratsmitglieder beträgt fünf Jahre. Sie bleiben bis zur Wiederwahl oder Wahl ihrer Nachfolger im Amt.

Der erste Stiftungsrat wird zeitnah zum Stiftungsgeschäft durch den Vorstand der Gründungstifterin Sparkasse KölnBonn bestimmt, im Folgenden werden die Mitglieder des Stiftungsrates von der Stifterversammlung gewählt. Sofern nach Ablauf der Amtszeit des ersten Stiftungsrates noch keine Stifterversammlung existiert, kooptiert der Stiftungsrat seine Mitglieder mit 3/4 der Stimmen seiner Mitglieder.

- (2) Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte ein vorsitzendes Mitglied und eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter für die Dauer von fünf Jahren. Wiederwahl ist möglich.
- (3) Mitglieder des Stiftungsrates können aus wichtigem Grund von der Stifterversammlung oder auf Verlangen der für die Stiftungsaufsicht zuständigen Behörde abberufen werden.

§ 9

Sitzungen und Beschlüsse des Stiftungsrates

- (1) Die Sitzungen des Stiftungsrates werden – mindestens einmal jährlich – durch das vorsitzende Mitglied, im Verhinderungsfall durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, mit einer Frist von vier Wochen einberufen. Eine entsprechende Tagesordnung wird den Mitgliedern rechtzeitig übermittelt. Der Stiftungsrat ist einzuberufen, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Beratungspunktes es verlangt. Die erste Sitzung des Stiftungsrates ist durch die Vertreterin bzw. den Vertreter der Sparkasse KölnBonn einzuberufen.

- (2) Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung die Hälfte der Mitglieder und das vorsitzende Mitglied oder seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter anwesend sind.
- (3) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst, soweit nicht diese Satzung eine andere Mehrheit vorschreibt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds, im Falle der Verhinderung die der Stellvertreterin oder des Stellvertreters, den Ausschlag.
- (4) In dringenden Fällen kann eine Beschlussfassung auf schriftlichem Wege im Umlaufverfahren erfolgen, wenn das vorsitzende Mitglied des Stiftungsrates einer solchen Beschlussfassung zustimmt und kein Mitglied des Stiftungsrates diesem Verfahren widerspricht.
- (5) Über das Ergebnis der Sitzung wird eine Niederschrift angefertigt, die von dem vorsitzenden Mitglied bzw. der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen ist. Jedes Mitglied erhält eine Abschrift des Protokolls.

§ 10

Aufgaben des Stiftungsrates

- (1) Der Stiftungsrat hat über die Aufgabenerfüllung des Stiftungsvorstandes und insbesondere darüber zu wachen, dass der Stiftungsvorstand für die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszweckes sorgt.
- (2) Weiterhin hat der Stiftungsrat folgende Aufgaben:
 - a) Feststellung des Jahresabschlusses und Entgegennahme sowie Genehmigung (*siehe Buchstabe d*) des Tätigkeitsberichtes des Stiftungsvorstandes,
 - b) Beschluss über die Entlastung des Stiftungsvorstandes,
 - c) Wahl der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes gemäß § 11 Absatz 1 und Absatz 3 sowie deren Abberufung,
 - d) Vorlage des genehmigten Tätigkeitsberichtes des Stiftungsvorstandes bei der Stifternversammlung,
 - e) Beschluss über einen vorübergehenden Vermögensverzehr auf Vorschlag des Stiftungsvorstandes nach § 3 Absatz 6 dieser Satzung,
 - f) Beschluss über Satzungsänderungen auf Vorschlag des Stiftungsvorstandes,
 - g) Beschluss über die Auflösung/Aufhebung der Stiftung auf Vorschlag des Stiftungsvorstandes.

§ 11

Stiftungsvorstand

- (1) Der Stiftungsvorstand besteht aus vier Personen. Davon sind geborene Mitglieder:
 - a) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Sparkasse KölnBonn,
 - b) ein ordentliches oder stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn, das dieser aus seiner Mitte wählt sowie

- c) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Bundesstadt Bonn auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters. Hierbei muss es sich nicht um einen Beamten oder Angestellten der Stadt Bonn handeln; als Vertreter der Stadt Bonn gelten auch Bürgerinnen und Bürger, sofern diese das Vertrauen der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters genießen und für die Tätigkeit geeignet sind.

Das weitere Mitglied wird vom Stiftungsrat gewählt. Dabei ist darauf zu achten, dass dieses Mitglied persönlich und fachlich in der Lage ist, sich für die Belange der Stiftung einzusetzen. Die Wahl des ersten weiteren Vorstandsmitgliedes erfolgt durch den Vorstand der Gründungstifterin Sparkasse KölnBonn.

- (2) Die Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden für die Dauer von fünf Jahren vom Stiftungsrat berufen. Eine Wiederwahl des weiteren Mitgliedes durch den Stiftungsrat ist möglich. Nach Ablauf der Amtszeit bleiben die Mitglieder des Vorstandes bis zur Wiederwahl oder der Wahl ihrer Nachfolger im Amt.
- (3) Der Stiftungsrat kann den Vorstand bei Bedarf über die Anzahl von vier Personen hinaus erweitern. Dabei ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder dem Umfang der Stiftungsarbeit angemessen ist. Sofern die Gründe für die Erweiterung nicht mehr bestehen, soll der Vorstand mit Ablauf der Amtszeit der weiteren Mitglieder wieder auf vier Personen begrenzt werden.
- (4) Der Stiftungsvorstand wählt aus seiner Mitte ein vorsitzendes Mitglied und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Bei Stimmgleichheit werden das vorsitzende Mitglied und seine Stellvertreterin bzw. sein Stellvertreter durch den Stiftungsrat gewählt.
- (5) Ein Mitglied des Stiftungsvorstandes kann bei erheblicher Pflichtverletzung auf Antrag der übrigen Mitglieder des Stiftungsvorstandes vom Stiftungsrat abberufen werden.
- (6) Scheidet ein geborenes Vorstandsmitglied gemäß Absatz 1 vor Ablauf der Amtszeit aus seinem Hauptamt oder seiner Funktion aus, so endet damit die Mitgliedschaft im Stiftungsvorstand. Im Falle des Absatz 1 Buchstabe a) tritt an die Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds ein vom Vorstand der Sparkasse KölnBonn benanntes neues Mitglied und im Falle des Absatz 1 Buchstabe b) der Nachfolger im Amt. Im Falle des Absatz 1 Buchstabe c) tritt an die Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds eine neue Vertreterin oder ein neuer Vertreter der Bundesstadt Bonn auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters.

§ 12

Sitzungen und Beschlüsse des Stiftungsvorstandes

- (1) Die Sitzungen des Vorstandes werden mindestens einmal jährlich durch das vorsitzende Mitglied, im Verhinderungsfall durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Der Stiftungsvorstand ist einzuberufen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Beratungspunktes es verlangen.
- (2) Der Stiftungsvorstand ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes anwesend sind, darunter das vorsitzende Mitglied oder die Stellvertreterin oder der Stellvertreter.
- (3) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst, soweit diese Satzung nicht eine andere Mehrheit vorschreibt. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes, im Verhinderungsfall die der Stellvertreterin oder des Stellvertreters, den Ausschlag.

- (4) In dringenden Fällen kann eine Beschlussfassung auf schriftlichem Wege im Umlaufverfahren erfolgen, wenn das vorsitzende Mitglied des Vorstandes einer solchen Beschlussfassung zustimmt und kein Mitglied des Vorstandes diesem Verfahren widerspricht.
- (5) Über das Ergebnis der Sitzung wird eine Niederschrift angefertigt, die von dem vorsitzenden Mitglied bzw. der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter sowie einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen ist. Jedes Mitglied erhält eine Abschrift des Protokolls.

§ 13

Aufgaben des Stiftungsvorstandes

- (1) Dem Stiftungsvorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte der Stiftung. Er hat im Rahmen des Bundesstiftungsrechts im BGB, des Stiftungsgesetzes NW und dieser Satzung den Stiftungszweck so wirksam wie möglich zu erfüllen.
- (2) Der Stiftungsvorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) die Anlage und die Verwaltung des Stiftungsvermögens im Rahmen der Zweckbindung,
 - b) die Beschlussfassung über die Mittelverwendung der Zuwendungen, der Stiftungserträge und der sonstigen Einnahmen,
 - c) die Vorbereitung und die Ausführung der Beschlüsse des Stiftungsrates und der Stiferversammlung,
 - d) Vorschläge an den Stiftungsrat für die Aufnahme des weiteren Mitgliedes des Stiftungsvorstandes,
 - e) die Vorlage des Jahresabschlusses und des Tätigkeitsberichtes beim Stiftungsrat,
 - f) die Einreichung des genehmigten Jahresabschlusses und Tätigkeitsberichtes bei der Stiftungsaufsichtsbehörde,
 - g) Vorschläge an den Stiftungsrat zu Satzungsänderungen,
 - h) Teilnahme an den Sitzungen des Stiftungsrates und der Stiferversammlung mit beratender Stimme,
 - i) Vorschläge an den Stiftungsrat zur Beschlussfassung über die Auflösung bzw. Aufhebung der Stiftung.

Der Vorstand ist berechtigt, seine Aufgaben teilweise Dritten zur Erledigung zu übertragen. Die Kosten hierfür trägt die Stiftung.

Sofern der Vorstand einen Geschäftsführer mit der Erledigung der Aufgaben beauftragt, kann er für diesen eine Geschäftsanweisung verabschieden.

- (3) Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich, er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Zur Abgabe und Annahme rechtsgeschäftlicher Erklärungen genügt das gemeinschaftliche Handeln von zwei Vorstandsmitgliedern. Eine Einzelvertretungsbefugnis kann erteilt werden. Erklärungen, durch die die Stiftung verpflichtet werden soll, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (4) Weiteres regelt die vom Stiftungsrat bei Bedarf zu verabschiedende Geschäftsordnung für den Vorstand.

§ 14

Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Beiräte

- (1) Der Vorstand kann für einzelne Bereiche, wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Mittelbeschaffung etc., aber auch für einzelne Projekte Fachausschüsse oder Arbeitsgruppen einrichten und sie mit einem Budget ausstatten. So kann sich eine größere Zahl von Bürgern aktiv an der Arbeit der Stiftung beteiligen.
- (2) Die Fachausschüsse und Arbeitsgruppen beraten die Stiftungsorgane in allen Angelegenheiten, zu deren Bearbeitung sie gebeten wurden, sowie in ihrem Fachgebiet und wirken an der projektbezogenen Arbeit der Stiftung mit. Soweit die Mitglieder der Fachausschüsse und Arbeitsgruppen keine Mitglieder der Stifterversammlung sind, dürfen sie an dieser mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) Der Vorstand kann als Vertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen ständige Beiräte einrichten, z.B. einen Junioren- oder Seniorenbeirat. Diese beraten die Stiftungsorgane.
- (4) Der Vorstand kann für die Arbeit der Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Beiräte Geschäftsordnungen erlassen.
- (5) Die Mitglieder des Stiftungsvorstandes und des Stiftungsrates sind berechtigt, an den Sitzungen der Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Beiräte teilzunehmen.

§ 15

Änderung des Stiftungszweckes, sonstige Satzungsbestimmungen

- (1) Ändern sich die Verhältnisse derart, dass die Erfüllung des Stiftungszweckes vom Stiftungsrat und vom Stiftungsvorstand nicht mehr für sinnvoll gehalten wird, können sie gemeinsam einen neuen Stiftungszweck beschließen. Der Beschluss bedarf der Einstimmigkeit aller Vorstandsmitglieder und einer Dreiviertelmehrheit aller Mitglieder des Stiftungsrates. Die Beschlüsse sind der Sparkasse KölnBonn als Gründungstifterin zur Genehmigung vorzulegen. Anschließend ist die Genehmigung der zuständigen Stiftungsaufsichtsbehörde einzuholen.
- (2) Der neue Stiftungszweck muss ebenfalls steuerbegünstigt im Sinne der Vorschriften des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO) und von der zuständigen Finanzbehörde als solcher anerkannt sein.
- (3) Über Satzungsänderungen, die nicht den Satzungszweck betreffen, beschließt der Stiftungsrat mit einer Dreiviertelmehrheit auf Vorschlag des Vorstandes. Die Beschlüsse sind der Sparkasse KölnBonn zur Genehmigung vorzulegen. Anschließend ist die Genehmigung der zuständigen Stiftungsaufsichtsbehörde einzuholen.

§ 16

Auflösung oder Aufhebung der Stiftung

- (1) Die Stiftung soll auf unbegrenzte Zeit bestehen.

- (2) Der Beschluss über die Auflösung der Stiftung auf Vorschlag des Stiftungsvorstandes erfolgt durch die Mitglieder des Stiftungsrates nach Maßgabe des § 15 Absatz 1 Satz 2. Er ist der Sparkasse in Bonn zur Genehmigung vorzulegen. Anschließend ist die Genehmigung der zuständigen Stiftungsaufsichtsbehörde einzuholen.
- (3) Im Falle der Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke geht das zu diesem Zeitpunkt vorhandene Stiftungsvermögen nach Abzug sämtlicher Verbindlichkeiten an die Bundesstadt Bonn, die es im Sinne dieser Satzung zu unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken zu verwenden hat. Die Beschlüsse dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 17

Stellung des Finanzamtes

Unbeschadet der sich aus dem Stiftungszweck ergebenden Genehmigungspflichten sind Beschlüsse über Satzungsänderungen und über die Auflösung der Stiftung dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Für Satzungsänderungen, die den Zweck der Stiftung betreffen, ist zuvor die Einwilligung des Finanzamtes einzuholen.

§ 18

Stiftungsaufsichtsbehörde

- (1) Die Stiftung unterliegt der staatlichen Aufsicht nach Maßgabe des jeweiligen Stiftungsrechts.
- (2) Stiftungsaufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Köln, oberste Stiftungsaufsichtsbehörde ist das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Die stiftungsaufsichtsbehördlichen Genehmigungs- und Zustimmungsbefugnisse sind zu beachten.
- (3) Die Stiftungsaufsichtsbehörden sind auf Wunsch jederzeit über alle Angelegenheiten der Stiftung zu unterrichten. Der Stiftungsaufsichtsbehörde bei der Bezirksregierung Köln sind unaufgefordert der Jahresabschluss sowie der Tätigkeitsbericht vorzulegen und jede Veränderung in der Zusammensetzung des Stiftungsvorstandes anzuzeigen.

§ 19

Rechtsvorschriften

Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten ergänzend die Vorschriften des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung und im übrigen die §§ 80ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 20

Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit dem Tage der Zustellung der Genehmigungsurkunde in Kraft.

Satzung für die „Bürgerstiftung Bonn - Eine Initiative der Sparkasse in Bonn“ vom 29. November 2001 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 29. Oktober 2003 und 8. April 2004 und 17. Februar 2005.